

09.04.2009

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 31.03.2009**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Außer TOP 6.8
Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD
Laue, Harald

Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM
Böhler, Axel
Hofmeister, Dirk

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Auf Nachfrage zum Änderungsbedarf für die Tagesordnung in der zur Sitzung ausgereichten Form bat **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um Information des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung zum aktuellen Sachstand der Vorbereitung des Bauvorhabens am Tivoli. Nachdem die Beschlussvorlage in der vergangenen Sitzung durch den Einreicher zurück gestellt wurde, sei mittlerweile bereits in der Mitteldeutschen Zeitung über den Beginn von Baumfällarbeiten im Bereich des Tivoli berichtet worden.

Weiterer Änderungsbedarf wurde nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, über die ausgereichte Tagesordnung abschließen ließ.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 26.02.2009**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 26.02.2009 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es ungeändert Bestätigung fand.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

4. **Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Gremiums vom 26.02.2009**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte darüber, dass im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 26.02.2009 folgende Beschlussfassungen erfolgten:

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 4/2009, Ausbau Justus-von-Liebig-Straße / Am Reitplatz,

Gesamtleistung: Los A: Straßenbau (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau), Los B u. D: Regenwasserentwässerung (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau), Los C: Umverlegungen DVV (AG DVV Stadtwerke)

Vorlage: DR/BV/031/2009/VI-66

Dem Beschlussvorschlag zur Vergabe der Bauleistung an die Fa. Bau- und Haustechnik, Bad Düben, wurde mehrheitlich zugestimmt.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Vergabestatistik im Haushaltsjahr 2008 Vorlage: DR/IV/018/2009/VI-60

Durch **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurden die Aussagen der Vorlage dahingehend zusammengefasst, dass alles Machbare ergriffen wurde, dass die Mehrzahl der Aufträge an Firmen aus der Stadt vergeben werden konnten. Die vorliegende Statistik bestätige damit die gewählte Vorgehensweise. Das sei im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien auch weiterhin als Ziel zu formulieren. Zukünftig sei darüber hinaus weiter daran zu arbeiten, die Büros und Firmen zu befähigen, wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden.

Bei der Anwendung der entsprechenden Verdingungsordnungen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, seien auch künftig die zur Verfügung stehenden Spielräume auszunutzen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009 Vorlage: DR/BV/063/2009/VI-60

In seiner Einführung wies **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, darauf hin, dass es sich bei den folgenden vier Beschlussvorlagen jeweils um die jährlich zu fassenden Maßnahmebeschlüsse in den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten handele. Im vorliegenden Beschluss für das Sanierungsgebiet Roßlau-Altstadt, nannte er als Investitionsschwerpunkt die Lösung des städtebaulichen Problems im Bereich Hauptstraße 109. Der Umbau des ehemaligen Kaufhauses zu einer Stadtteilbibliothek sei aufgrund der Förderung im Rahmen des Investitionspaktes zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur der Kommunen nicht mehr enthalten.

Auf Nachfrage des **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, nach den Konsequenzen der Verlagerung der Baumaßnahme Stadtteilbibliothek in ein anderes Förderprogramm, erklärte **Herr Schmieder**, dass das Vorhaben nun – wie im Maßnahmebeschluss beschrieben – in den Jahren 2009-10 umgesetzt werden könne.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, bat darum, einen Sachstand zur Entwicklung und den künftigen Zielen in den Gebieten zu erarbeiten, um Restaufgaben abzustimmen und eventuell eine Neuorientierung zu erreichen. Diese Betrachtung sei unter dem Gesamtkontext Doppelstadt zu sehen.

Dank für den Hinweis äußerte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Für eine der nächsten Bauausschusssitzungen sei die Einbringung einer Vorlage geplant, die diese Arbeitsrichtung beinhalte, die Gesamtstadt im Auge habe, auch Probleme

außerhalb der Sanierungsgebiete betrachte und eine Bedarfsanalyse entsprechend der demografischen Entwicklung beinhalte. Neben dem Fokus Innenstadt sind Vororte und innenstadtnahe Orte in die Betrachtungen der Problembereiche einzubeziehen.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, unterstützte die Äußerungen. Aufgrund der zeitlichen Befristung der Vergabe der Mittel für die Städtebauförderung, seien die Planungen zu evaluieren und Prioritäten innerhalb der Stadt zu setzen. Als Termin halte er die Sitzung nach der Sommerpause für gut gewählt.

Der Vereinbarung einer ersten Gesprächsrunde zu dieser Thematik im September 2009, schloss sich auch **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, an.

Nachdem im Januar, die Fortschreibung des Rahmenplans für das Sanierungsgebiet Dessau-Nord im Stadtrat Bestätigung fand, schlug **Herr Schmieder** vor, nach der Sommerpause 2009 die Entwicklung in den Sanierungsgebieten Dessau-Nordwest und Roßlau-Altstadt zur Prüfung zu stellen.

Diese Vorgehensweise fand die Akzeptanz des Gremiums.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**6.2. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/064/2009/VI-60**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**6.3. Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/066/2009/VI-60**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

6.4. Entwicklungsgebiet Dessau-Kochstedt - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2009
Vorlage: DR/BV/082/2009/VI-60

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

6.5. Aufstellungsbeschluss für die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 200 (ehemals Nr. 27) "An der Birkenallee" im Stadtteil Roßlau
Vorlage: DR/BV/057/2009/VI-61

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, erinnerte eingangs der Diskussion an den Grundsatzbeschluss zum Aufstellungsstopp aus dem Jahr 1996, um neue Entwicklungen im Wohnungsbau zu prüfen und fragte, ob es sich an dieser Stelle um einen übernommenen Übergangbeschluss aus Roßlau handele.

Den Aufstellungsstopp als Flucht nach vorn bezeichnend, beschrieb **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, das damalige Ziel, keine neuen Vorhaben der Bauträger zuzulassen und die laufenden Verfahren zu Ende zu führen. In dem zur Diskussion stehenden B-Plan habe der Vorhabenträger auf die demografische Entwicklung reagiert und die Baufläche reduziert. Da hier keine Neuaufstellung vorliege, sollte das Vorhaben Unterstützung finden.

Als positiv bezeichnete **Herr Schönemann** die Erreichung einer Einigung mit dem Investor entsprechend der vorherrschenden Entwicklung in Wohnbaubedarf.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

6.6. Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik und Gesundheitszentrum"
Vorlage: DR/BV/074/2009/VI-61

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**6.7. Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum"
Vorlage: DR/BV/075/2009/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**6.8. Satzungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 37
"Shopping- und Dienstleistungscenter Franzstraße / Askanische Straße"
Vorlage: DR/BV/087/2009/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 0

**6.9. Zustimmung zum vorliegenden Befreiungsantrag für ein Grundstück am
Grünen Weg im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 197 "Wohn-
bebauung Grüner Weg/Fliederweg" (ehemals Nr. 24 der Stadt Roßlau)
betreffend die Traufstellung des Gebäudes
Vorlage: DR/BV/088/2009/VI-61**

In ihrer Einführung bezeichnete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, das Grundstück, da es die letzte Bebauung darstelle, als unproblematischen Standort und die Abweichung von den Festsetzungen des B-Plans als städtebaulich vertretbar.

Über die - nach dem Abriss von Schule und Turnhalle - vorgesehene Entwicklung des Nachbargrundstückes, die **Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, hinterfragte, sei noch nicht entschieden worden, so Frau Jahn.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

6.10. Bestätigung der Arbeitsrichtung der Verwaltung gemäß Zielvereinbarung des IBA-Lenkungsausschusses mit der Stadt Dessau-Roßlau vom 04.12.2008

Vorlage: DR/BV/094/2009/VI-61

In seiner Einführung erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, als ersten Ansatz den Anspruch der Internationalen Bauausstellung für die Urbanen Kerne und als zweiten Ansatz den Leitbildprozess der Stadt. In den kommenden 8 bis 10 Monaten werde man eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und eine Charta der Urbanen Kerne erarbeiten, um im Verlauf in den Leitbildprozess einzutreten. Als zeitliches Ziel für die Vorlage des Leitbildes nannte er Anfang des zweiten Quartals 2010, wobei im Vorfeld die vorliegenden Konzepte zu prüfen, einige zu überarbeiten bzw. zu erarbeiten sind. Inhaltlich sei die Ausrichtung zu einer integrierten Stadtentwicklung vorgesehen mit Verbindungen zu den Teilaspekten, Beachtung aller Schnittstellen sowie der Beteiligung der politischen Gremien und der Bürgerschaft.

Durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde – ebenso wie zur Behandlung im Wirtschaftsausschuss am 26.03.09 – über das Verfahren zur Angebotseinholung für die Prozessmoderation sowie, mit der Entscheidung für das Büro amp, über dessen Ergebnis informiert.

Auf die Erfahrung mit extern moderierten Prozessen verweisend, hinterfragte **Herr Schöne-mann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, die Einberufung eines Begleitausschusses sowie die Begleitung auf städtischer Seite.

Mit dem Hinweis auf die Anlage 5 der Vorlage, verwies **Frau Jahn** auf bereits eingespielte Organisationsstrukturen zur Erarbeitung der Grundlagen sowie auf die erste große Stadtkonferenz zur Einbindung der Politik. Nach ihrer Einschätzung sei für die Leitbilderarbeitung eine eigenständige Arbeitsgruppe notwendig.

Die breit gefächerte Arbeitsweise zur Erstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes als Vorbild zu nehmen, schlug **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, vor.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, habe man einen zu ambitionierten Zeitablauf gewählt, der als unrealistisch einzuschätzen sei und dadurch nicht die nötige Qualität und inhaltliche Ausgestaltung des Prozesses sichere. Der Termin der IBA-Präsentation erzeuge einen Zeitdruck und überfordere die handelnden Akteure. Er gab zu Bedenken, dass wissenschaftliche Ausarbeitungen unterstreichen, dass die Erarbeitung von Leitbildern unter zeitlichem Druck nicht Ziel führend, eher als tödlich für den Prozess zu bezeichnen sei.

Der zeitliche Rahmen wurde bewusst so gewählt und sollte so belassen werden, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Im Verlauf der Arbeit könne man bei Erfordernis den Zeitplan auf den Prüfstand stellen.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, schloss sich der Meinung von Herrn Hantusch an. Ein enger zeitlicher Rahmen sei zu setzen.

Der Beginn der Arbeiten sei jetzt nötig, meinte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, da bereits in der Stadtratssitzung im Jahr 2007 die Erarbeitung eines Leitbilds als wichtige Aufgabe der neuen Doppelstadt benannt wurde.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Schmidt**, nach den zu beauftragenden Büro, benannte **Frau Jahn** das Büro amp für das Moderationsverfahren für die Charta der Urbanen Kerne und für die

Erarbeitung des Masterplans einen noch nicht feststehenden Vertreter aus der internationalen Expertenrunde.

Herr Dr. Schmidt votierte an dieser Stelle für die Beauftragung der Planung an ein einheimisches Büro.

Mit dem **Arbeitsauftrag**, zu diesem Punkt in der nächsten Sitzung nochmals zu berichten, schloss **Herr Schönemann** die Diskussion, da keine weiteren Rückfragen geäußert worden.

Dem Beschlussvorschlag wurde in ungeänderter Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

**6.11. Auslobung eines Architekturpreises für die Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/080/2009/VI-61**

Das Ansinnen sei als lobenswert zu bezeichnen, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Die konzeptionelle Arbeit hinsichtlich der Baukultur in der Stadt neu auszurichten, werde durch diesen Preis unterstützt. In Anbetracht des „Sanierungspreises der Stadt Roßlau“ hätte er die persönliche Vorstellung, eine Umbenennung in den „Architekturpreis der Bauhausstadt Dessau“ vorzunehmen.

Mit dem Sanierungspreis der Stadt Roßlau wurden Gedanken verbunden, besondere Leistungen im Sanierungsgebiet Roßlau anzuerkennen, so **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**.

Einer Ausweitung des Sanierungspreises auf das gesamte Gebiet der Doppelstadt, informierte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, wurde auf Anfrage beim Preissponsor – der Volksbank – negativ beantwortet.

Sollte der Maßstab Bauhausstadt Dessau angesetzt werden, sei das Ansinnen gut, jedoch zu kurz gegriffen, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an. Die Ausreichung einer Urkunde sei dabei zu wenig, hier sei die Ausstaffierung mit einem Preisgeld notwendig. Ebenfalls seien bei der Entscheidungsfindung durch den Stadtrat die Mitglieder der Jury zu benennen, denen im Vorfeld auch die Gelegenheit zu geben ist, die Beschlussvorlage zu prüfen. Bei der Frage des Anspruchs, sollte die Messlatte nicht zu tief angelegt sein.

Um einem höheren Anspruch gerecht zu werden, sei eine qualifiziertere Herangehensweise nötig, stimmte **Herr Schönemann** zu.

Bei der Zeitspanne von drei Jahren als Auslobungsintervall, stehe ebenso die Frage, ob auszeichnungswürdige Objekte zur Wahl stehen, bemerkte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**. In Bezug auf die Benennung der Jury erläuterte sie, dass darauf bewusst verzichtet wurde, da die Satzung über einen längeren Zeitpunkt ihre Gültigkeit behalten soll. Dem allgemeinen Beschluss zur Auslobung könnte jeweils ein Beschluss zur Jurybenennung folgen.

Neben der Benennung und Berufung der Jurymitglieder, sei ein Jahr vor der Auslobung auch ein Kriterienkatalog zu bestätigen, erklärte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**.

Herr Laue, Fraktion der SPD, ergänzte, dass ebenso eine Klärung zur Finanzierung der auszureichenden Preisgelder erfolgen müsse.

Mit der **Festlegung folgender Arbeitsrichtung** für die Überarbeitung der Beschlussvorlage:

- Qualifizierung des Anspruchs und der Wertigkeit
- Konkretisierung Beschreibung des Verfahrens
- Berufung der Jury, Funktionsbezeichnung
- Festlegung der Kriterien
- Prüfung einer Dotierung und deren Finanzierung
- Prüfung der Namensgebung

beschrieb **Herr Schönemann** den Bearbeitungsbedarf vor der Ausreichung zur Entscheidung durch den Stadtrat.

Dem Beschlussvorschlag wurde in **geänderter Form** einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

6.12. Satzung zum Schutz und zur Pflege des Baum- und Heckenbestandes der Stadt Dessau-Roßlau (Baumschutzsatzung) Vorlage: DR/BV/032/2009/VI-65

Auf Nachfrage des **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, zu den Größenordnungen der vergangenen Baumfällungen sowie den erteilten Strafen, erklärte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, dass eine Ahndung der Fällungen aufgrund der Entscheidung zur Satzungsänderung in Bezug auf den Ausschluss von Hausgärten nicht möglich war. In der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 16.12.2008 wurde mittels Informationsvorlage über die Entwicklung der Fällungen nach Satzungsänderung berichtet. Als Arbeitsrichtung wurde vereinbart, in die Satzung die Hausgärten wieder aufzunehmen, um den Stadtbild prägenden Baumbestand zu schützen. Sie wies auf die Möglichkeit der Kostenbefreiung bzw. nicht notwendigen Ersatzpflanzungen bei kleineren Hausgärten hin.

Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement, ergänzte, dass nach alter Satzungsregelung von den jährlich eingereichten 350 Antragstellungen auf Baumfällung 300 genehmigt wurden.

Mit der neuen Satzung sei keine Reglementierung verbunden, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Eher sei eine Begleitung einer Entwicklung möglich, das Siedlungsbild zu erhalten.

Dass die o. g. Zahlen eine bürgerfreundliche Handhabung der alten Satzungsregelung bestätigen, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an.

Nach der Beteiligung der Ortschaftsräte fragte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**. Vielfach seien die Bäume durch die Bürger selbst gepflanzt worden, aber mittlerweile treten Verschattungen und Gefahrenpunkte auf. Er verwies aufgrund der nun geplanten Reglementierung in Hausgärten, auf die Baumfällungen, die derzeit in beträchtlichem Maß durch die Stadt vorgenommen werden.

Wie die Zahlen deutlich belegen, wurde ein Großteil der Entscheidungen im Interesse der Bürger getroffen. **Frau Dr. Kegler** verwies auf den § 6 – Ausnahmen und Befreiungen, der gefahren- und krankheitsbedingte Notwendigkeiten von Fällungen regelt.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, berichtete vom unproblematischen Verfahren in der Praxis. Nach einem Anruf beim zuständigen Amt, sei der Mitarbeiter

bereits am nächsten Tag vor Ort erschienen und habe nach der Begutachtung die Genehmigung erteilt.

In Bezug auf den Hinweis des Herrn Otto zu den Stellungnahmen der Ortschaftsräte, wurde abschließend die **Festlegung** getroffen, dass die Unterlagen der Beschlussvorlage vor der Ausreichung für die Stadtratssitzung beigelegt werden.

Die nachfolgende Abstimmung der Beschlussvorlage ergab eine mehrheitliche Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

**6.13. Grundhafte Erneuerung der B 184 zwischen Dessau und Roßlau
Teilabschnitt Stadtgrenze Dessau - Peiskerbrücke
Anteil der Straßenbaulastträgerschaft der Stadt Dessau - Roßlau zwischen
Rosenhof und OD - Grenze
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/051/2009/VI-66**

In seiner Einführung zur Beschlussvorlage erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, die räumliche Einordnung der Maßnahme in Ergänzung der Gesamtmaßnahme zur grundhaften Erneuerung der B 184 zwischen Dessau und Roßlau sowie deren zeitliche Einordnung. Wegen des Bewilligungszeitraumes der Fördergelder werde mit dem Landesbaubetrieb eine Vorfinanzierung vereinbart.

Mit dem Hinweis zur Überdimensionierung der Verbindung zwischen beiden Stadtteilen, wurde durch **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, der **Prüfauftrag** zur Aufstellung einer stationären Geschwindigkeitskontrolle an Ortseingang Dessau erteilt.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die nachfolgende Abstimmung des Beschlussvorschlages ergab eine mehrheitliche Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 0

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1. Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde das Wort an **Herrn Mauer, Tiefbauamt**, übergeben, der im folgenden eine Anfrage aus der CDU-Fraktion, die Verkehrsführung im Bereich der Museumskreuzung betreffend, erläuterte. Dabei beschränkte er sich auf die wesentlichsten Informationen zu den langfristigen Überlegungen in der Stadt zur Entwicklung der Verkehrsführung sowie kurzfristig in der Umsetzung befindliche Maßnahmen.

Hinsichtlich des in Kürze eröffnenden Shopping- und Dienstleistungscenters an der Museumskreuzung sowie auf Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**,

erläuterte **Herr Maurer** die geplanten Zuliefer- und Besucherverkehre in diesem Bereich unter Bezugnahme auf das verkehrstechnische Gutachten. Bei eventuellen Problemen sei eine Nachjustierung der Signalisierung und der Verkehrsorganisation vorgesehen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Kostenverteilung bei den Baumaßnahmen in der Georgenstraße, erklärte **Herr Maurer**, dass die Verteilung der Kosten in einem Durchführungsvertrag geregelt sei. Die genannte Nachjustierung sei darin nicht enthalten. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, beschrieb die Finanzierung der Georgenstraße als Kombination zwischen der Stadt und den Anliegern.

Die Information zum Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung wurde **zur Kenntnis genommen**.

7.1.2. Reparatur des Meisterhausensembles

Aufgrund der aktuellen Brisanz des Themas wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, vorgeschlagen, diesen Punkt als ständigen Tagesordnungspunkt des Ausschusses zu behandeln. Zur Information über den aktuellen Planungsstand übergab er das Wort an **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, der eingangs auf die zur Sitzung ausgereichten Unterlagen der Projektverteidigung am 30.03.09 hinwies und die schriftliche Beantwortung der Prüfaufträge aus der Stadtratssitzung für Ende der Woche ankündigte.

Als Ergebnis dieser Aufträge erläuterte er, dass die Planung dahingehend überarbeitet wurde, im Haus Gropius kein Café anzuordnen und das Erdgeschoss für Ausstellungen und Veranstaltungen sowie als Eingangsbereich des Ensembles, mit Garderobe und reduziertem WC-Bereich, vorzuhalten. Durch die Anbringung eines Schrägaufzuges im Bereich der Terrasse werde die Barrierefreiheit hergestellt. Für den Keller werde keine öffentliche Nutzung vorgesehen. Aus der Abstimmung mit den Denkmalpflegern werde nicht empfohlen, an dieser Stelle WC's unterzubringen.

Nach der Darstellung der möglichen Alternativen für die Deckenertüchtigung beschrieb er als derzeitige Arbeitsrichtung eine neue Massivdecke aus Spannbeton. Bei der angedachten öffentlichen Nutzung des Gebäudes sei eine Zweigeschossigkeit nur durch Ertüchtigung der Kelleraußenwände möglich. Sollte später ein Umbau und Umnutzung zur Wohnnutzung geplant werden, werde man bereits jetzt die Möglichkeit der Lastabtragung für die zusätzliche Geschossdecke vorsehen.

Der Neubau der Doppelhaushälfte Moholy-Nagy werde durch einen Aufzug vollständig barrierefrei ausgebildet. Im Bereich des Treppenhauses bestehe aufgrund der Ausbildung als Sicherheitstreppenhaus weiterer Abstimmungsbedarf zur Ausweisung des erforderlichen zweiten Rettungsweges. Der Keller der Doppelhaushälfte werde unter der Terrasse vergrößert.

Zur Gartenmauer und der Trinkhalle berichtete Herr Bekierz über eine direkt unter dem ursprünglichen Verlauf der Mauer liegende Gasleitung, deren Verlegung in den Straßenraum nötig werde und Zusatzkosten im fünf- bis sechststelligen Bereich verursache.

Aufgrund der notwendigen Umverlegung der Gasleitungen werde man bezogen auf den laufenden Meter Mauer einen enormen Kostenaufwuchs erreichen, so **Herr Schönemann**. Die Frage, ob der Verzicht auf die Mauer das Gesamtprojekt gefährde, sei mit den Denkmalpflegern ebenso wie der Abgleich zu den Grundsätzen in einer Feinabstimmung zu klären.

Man plane hier keine Schule oder eine Turnhalle, entgegnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, sondern man bearbeite eine hochsensible Bauaufgabe. Im Vorfeld wurde eine Vielzahl von Gesprächen geführt, zu deren Verlauf und Ergebnis er im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung berichten werde.

Detailfragen des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zur Ausführung des Treppenhauses zum Keller im Haus Gropius beantworteten **Herr Bekierz** und **Frau Lüttich, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**.

Die Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, ob die Unterbringung der WC-Anlage im Obergeschoss des Hauses Gropius mit einer Wohnnutzung vergleichbar wäre, beantwortete **Herr Bekierz** dahingehend, dass mit der öffentlichen Nutzung des Erdgeschosses die maximale Möglichkeit der Lastabtragung der Kellerwände ausgeschöpft sei.

In Bezug auf die Gestaltung des Umfeldes, schlug **Herr Dr. Schmidt** vor, für die Mauer andere Materialien zu wählen, um die Lasten zu minimieren und die Verlegung der Gasleitung zu vermeiden. **Herr Bekierz** verwies auf die nötige Freihaltezone von 4 m für diese Leitungen, die aufstehenden Lasten seien nicht das entscheidende Kriterium.

Als Material für die Fußwege benannte **Frau Lüttich** Betonplatten im Format 30 x 30 mit einer Oberfläche, die dem Bestand entsprechen. Zur Mauer verwies sie auf den Grundkonsens, der mit ICOMOS erzielt und mit der Nachzeichnung der Kubaturen und Öffnungen der Häuser Gropius, Moholy-Nagy und Trinkhalle sowie der Wiederherstellung der Mauer am ursprünglichen Standort festgelegt wurde. Ein Verzicht auf die Mauer sei demnach nicht vorstellbar.

Zum Umgang mit dem Baumbestand in der Ebertallee, der laut **Herrn Schönemann** ebenfalls in der Projektverteidigung thematisiert wurde, erklärte **Herr Bekierz**, dass nach der internen Abstimmung zur Prüfung eine entsprechende Information gegeben werde.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen zum Planungsstand der Reparatur des Meisterhausensembles wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.1.3. Wettbewerb EUROPAN 10

Mit dem Hinweis auf die zur Sitzung ausgereichten Informationsunterlagen, beschrieb **Frau Lischke, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Einordnung des Wettbewerbs EUROPAN 10, dessen Laufzeit und Inhalte sowie die beteiligten Städte. Der Dessauer Beitrag beziehe sich auf die Stärkung des Bereichs Kavallerstraße, vom Neumarkt bis zur Museumskreuzung, wobei der Betrachtungsbereich größer gefasst wurde. Zur Vertiefung der Wettbewerbsinhalte der deutschen Städte fand kürzlich ein Forum statt. Bislang haben sich 14 Bewerber für den Dessauer Beitrag eingetragen. Im Rahmen der heutigen Sitzung müsse man sich, entsprechend der Zusammensetzung der örtlichen Fachkommission, neben Herrn Schönemann auf einen zweiten Vertreter aus dem Bauausschuss verständigen.

Seitens **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wurde die Bereitschaft zur Wahrnehmung dieser Funktion bekundet.

Weitere Vorschläge wurden nicht vorgebracht, Gegenmeinungen wurden nicht geäußert. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dankte für die Bereitschaft des Herrn Dr. Schmidt.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.1.4. Parken in der Innenstadt

Nachdem seitens des Gremiums der Arbeitsauftrag erteilt wurde, Möglichkeiten zur Erhöhung des Stellplatzangebots im Bereich der Zerbster Straße zu prüfen, wurde durch die Verwaltung die planerische Vorbereitung für den Parkplatz in der Flössergasse abgeschlossen, berichtete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**. Zur Umsetzung dieser Baumaßnahme wurden für das Programmjahr 2009 Stadtbaumittel beantragt, die aufgrund der Mitteilung des Fördermitelgebers in diesem Jahr keine Berücksichtigung finden können. Demnach werde man im Jahr 2010 erneut einen Antrag stellen und die Realisierung bis nach der entsprechenden Bewilligung verschieben.

Rückfragen wurden seitens des Gremiums nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.1.5. Informationen zum Stadtpark

In Ergänzung der Informationsvorlage, die in der letzten Sitzung des Bauausschusses am 26.02.09 zur Kenntnis gegeben wurden, verteilte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, Unterlagen zum ExWoSt-Vorhaben „Interkultureller Generationenpark“ und dem IBA-Projekt „Aufwertung des Dessauer Stadtparks“. Enthalten seien neben den Erläuterungen zu beiden Maßnahmen, die Aufschlüsselung der Vorhaben in Kosten in den Jahren 2009 bis 2011.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

7.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

In Bezug auf die Beschlussvorlage, die Baumaßnahmen am Tivoli betreffend, welche in der letzten Sitzung vom Einreicher zurück gestellt wurde, konnte man mittlerweile Informationen zum Baubeginn der Mitteldeutschen Zeitung entnehmen, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, und merkte an, dass dem Gremium die Maßnahmen zur Kenntnis zu geben seien, bevor eine Umsetzung erfolge. Des Weiteren vermisse er auch eine Information zur Baumaßnahme in der Elisabethstraße, die Behandlung in der Hauptausschusssitzung am folgenden Tag finde.

Da am 21.04.09 der Quartiersmanager „Soziale Stadt“ sein Büro offiziell eröffnet, fragte Herr Dr. Schmidt nach aktuellen Informationen zum Stand der Beschlussfassung zum Integrierten Handlungskonzept „Soziale Stadt“.

Das Integrierte Handlungskonzept habe eine Behandlung in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters erfahren, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Nachdem dem Dezernat V nochmals Gelegenheit gegeben wurde, eine Themen- und Projektprüfung vorzunehmen, werde man diese Vorlage zur Beschlussfassung in der Mai-sitzung des Ausschusses vorbereiten.

Die Vorlage zur Aufwertung des Bereichs Tivoli wurde nachgebessert und die Einzelmaßnahmen optimiert, erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, und erläuterte den Umfang der, wegen der einzuhaltenden Schutzzeiten, vorgezogenen Baum-

fällungen als vorbereitende Maßnahme. Zur baulichen Umsetzung, ergänzte **Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement**, werde man in der nächsten Sitzung informieren.

Frau Jung, Tiefbauamt, informierte darüber, dass in der nächsten Hauptausschusssitzung ein Maßnahmebeschluss zum Umbau des Bereichs Elisabethstraße behandelt werde. Die Beschlussfassung zur Maßnahme liege im Verantwortungsbereich des Oberbürgermeisters, wegen den finanziellen Rahmenbedingungen sei die Einbindung des Hauptausschusses notwendig.

Weitere Anfragen oder Information wurden nicht geäußert.

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Herr Schönemann**, schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:25 Uhr.

10. Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schloss die Sitzung um 20:25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 09.04.2009

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage

- Anwesenheitsliste